

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Verlegungen nehmen die Anzeigen und für Anzeigen die Postgebühren entgegen. - Erscheint wöchentlich. Preis: 1.00 Mk. pro Jahr.

Anzeigenpreise für Anzeigen und für Anzeigen die Postgebühren entgegen. - Erscheint wöchentlich. Preis: 1.00 Mk. pro Jahr.

Telegramme: Kegelblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aua. Postfach-Nr. 119 Leipzig Nr. 10

Nr. 112

Mittwoch, den 14. Mai 1924

19. Jahrgang

Poincaré will am 1. Juni zurücktreten.

Wie wir schon gestern kurz melden konnten, hat Poincaré die Absicht erklärt, am 1. Juni zurückzutreten. Über die näheren Gründe und Folgen dieses Rücktritts unterrichten die folgenden Meldungen:

Paris, 13. 5. Poincaré hatte gestern Abend noch mit mehreren Ministern Besprechungen. Er sieht die Lage wie folgt: Der linke Block habe dem Rechtsblock 100 Sitze abgenommen; der linke Block bestehe aus drei, der rechte aus vier Parteien. Beide Blöcke hätten wenn innerpolitischen Zusammenhang. Poincaré könnte eine Mehrheit für sich finden, aber er glaubt, daß man der neuen Orientierung Rechnung tragen und den Siegern die Verantwortung überlassen müsse. Daher betrachtet sich Poincaré von heute ab nur noch als Geschäftsführer und enthält sich jeder Initiative. (?) Er verzichtet auf den Besuch von Chequers. Die Krise muß nach seiner Ansicht vor dem 2. Juni gelöst werden.

Poincarés Rücktritt wird in maßgebenden Kreisen viel bedauert, wenn es auch nur vorübergehend sein dürfte. Aber man versteht hier das Verhalten dieses gewissenhaften Befolgers der republikanischen Verfassung. Auch der Staatspräsident wird wie verlautet, die Konsequenzen aus dem Ausfall der Wahl ziehen.

Die Entscheidung muß davon ist man hier überzeugt, bald fallen. Die fremden Währungen sind plötzlich gestiegen. Die Finanzminister, die vor einem Monat den französischen Franken unterstützten, müssen bald wissen, ob die bisherige Finanzpolitik weiter befolgt wird, und sie können das nur aus dem Munde der neuen Regierung erfahren. Diese hat selbst das Interesse, daß die Kurie nicht in Verwirrung geraten. Politische und parlamentarische Kreise glauben an die Berufung Herriot's.

Der „Matin“ bezeichnet heute früh als die Besten des gestrigen Tages die Monarchisten und die Kommunisten. Weder die weiße noch die rote Gewalt können Erfolg verzeichnen; weder die Monarchisten noch die Sowjets hätten in Frankreich Aussicht. Ebenso bedauert sein die Clemenceauxisten. Der linke Block habe fast die Hälfte der Mandate für sich. Eine Königin von Frankreich hätte einst gesagt: „Gut geschnitten mein Sohn, jetzt muß du nähen!“ Und das Blatt zweifelt, ob der linke Block werde „nähen“ können, d. h. ob er einig bleiben werde.

London glaubt nicht an Änderung der Ruhepolitik.

Die englische Presse ist übereinstimmend der Ansicht, daß die Niederlage Poincarés auf rein innerpolitische Verhältnisse zurückzuführen sei, die von ihm zugunsten seiner Außenpolitik ständig vernachlässigt wurden. Der französische Wähler hat an seine wirtschaftlichen Sorgen, an die Teuerung und an die Schulden gedacht und der Regierung seine Meinung sagen wollen. Die englische Öffentlichkeit glaubt also, daß der Ausfall der Wahlen kein Urteil über die Ruhepolitik Poincarés und besonders über seine Ruhepolitik darstelle; aber die Meinungen sind nicht ganz so einig in Bezug auf die Frage, ob nun trotzdem auch auf diesem Gebiete eine Änderung eintreten werde. Der maßgebende Teil der englischen Blätter scheint daran allerdings vorläufig nicht zu glauben, insbesondere die „Times“ weist mit Nachdruck darauf hin, daß es die Gegner Poincarés während des Wahlkampfes nicht gewagt haben, seine Ruhepolitik anzupfeifen. Es sei noch zu früh, die Wirkung der Wahlen auf die auswärtige Politik abzuschätzen; aber vermutlich werde kein plötzlicher Wechsel in der bisherigen Haltung Frankreichs einzutreten. Sowohl in Deutschland wie in Frankreich zeigte der Ausfall der Wahlen, daß die Durchführung des Sachverständigenrats eine Notwendigkeit für Europa sei, obgleich sich in den beiden Ländern einig Widerstand bemerkbar machte. Die englische Regierung werde jedenfalls bereit sein, mit jeder französischen Regierung in enge und freundschaftliche Beziehungen zu treten, um gemeinsam am Aufbau des europäischen Friedens zu arbeiten.

Die französisch eingestellte „Morningpost“, die Poincaré immer als Stütze der europäischen Reaktion mit größter Verehrung behandelte, ist schon weniger zurückhaltend und gibt ihrem großen Kummer über das Ergebnis Ausdruck. Sein Schicksal sei mit dem von Venizelos und Wilson zu vergleichen, aber es sei unendlich schwer zu sehen, welche andere Außenpolitik ein Nachfolger betreiben könnte.

Dagegen glaubt der „Daily Telegraph“, die französische Wählerschaft habe unter der steigenden Forderung Frankreichs gelitten und sehr wohl einen Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Not und der Ruhepolitik erkannt. Die französische Politik würde deshalb eine Wiederherstellung des europäischen Friedens

des Sachverständigenberichts würde dadurch erleichtert werden.

„Daily Mail“ besagt, daß Poincaré gerade in dem Augenblick fiel, wo er sein Ziel zu erreichen schien. Frankreich habe sich nach links gewendet und den Willen zum Frieden in dem gleichen Augenblick bekundet, da in Deutschland „die Junker“ regten.

Das bedeutendste Blatt auf Seiten der Liberalen, die „Daily News“, ist in Bezug auf eine außenpolitische Änderung ebenfalls sehr vorsichtig. Man kann vorläufig nur erklären, daß das französische Volk den Wechsel in der Führerschaft aber doch keineswegs einen Wechsel in der Politik verlangt habe.

Dagegen sagt „Daily Chronicle“, der Sturz Poincarés werde jedenfalls eine Wohlthat für die Welt bedeuten. Solange er am Ruder gewesen war, konnte eine Verständigung zwischen Paris und London niemals zustandekommen, ganz gleich auch, welche Parteien und welche Persönlichkeiten auf englischer Seite die Verhandlungen führten. Poincaré wollte Frankreich nicht nur zur militärischen, sondern auch zur wirtschaftlichen Vormacht Europas machen, die er auf den Ruinen der deutschen Wirtschaft ausbauen wollte.

Die deutschen Eisenbahner gegen das Sachverständigengutachten.

Die Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner hat am Sonntag in den 20 Sigen der Reichsbahndirektionen große Kundgebungen gegen das Gutachten der Sachverständigen veranstaltet. In der Berliner Kundgebung kam der Redner zu dem Schluß, daß das Gutachten der Sachverständigen unmöglich den deutschen Arbeitnehmern zur Annahme empfohlen werden kann. Würden Reichsbahn und deutsche Arbeitnehmer das Gutachten der Sachverständigen über die Deutsche Reichsbahn annehmen und ausführen, dann würden die gesamten deutschen Arbeitnehmer 5 1/2 Milliarden Arbeitsstunden im Jahr abzulassen haben für die anderen Ententestaaten. Die vollkommen unmöglichen Bestimmungen würde keine deutsche Regierung annehmen. Insbesondere wandte sich der Redner dagegen, daß gerichtlich verurteilt, daß das Reichsverkehrsministerium beabsichtige, die Beamten der Deutschen Reichsbahn sämtlich in Arbeiter- oder Angestelltenverhältnis überzuführen.

In den Versammlungen wurde eine Entschiedenheit angenommen, in der es heißt: Die Kundgebung der Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner in Berlin fordert, nachdem die deutsche Regierung in Verhandlungen über das Sachverständigengutachten eingetreten ist, das als Voraussetzung für die Behandlung der deutschen Reichsbahnfrage nachstehende Lebensfragen des Personals in bejahendem Sinne gelöst werden:

1. Freilassung aller auf Grund des Ruhrwiderstandes noch in Gefängnissen Schmachenden.
2. Unverzügliche Rückführung der Vertriebenen.
3. Sicherung der rechtlichen und sozialen Verhältnisse des Eisenbahnerpersonals.
4. Sicherung einer angemessenen Besoldung und Entlohnung.

Ferner fordert die Entschliebung, daß die gesamte Deutsche Reichsbahn in einer einheitlichen Gesellschaft zusammengefaßt werde. Die Tarifhoheit müsse beim Deutschen Reich verbleiben. Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen der deutschen Regierung und der Leitung der Eisenbahngesellschaft solle eine deutsche Kommission entscheiden. Der Eisenbahnkommissar solle nicht das Recht haben, Teile der Eisenbahn zu verpfänden oder zu verkaufen. Die Rechte des Eisenbahnkommissars wie sie im Gutachten vorzusehen sind, seien für Deutschland untragbar. Die Möglichkeit, daß dieser Kommissar durch Einfordern beliebiger Statistiken in der Lage sei, eine weitgehende Handelsespionage zu betreiben, müsse beseitigt werden.

Das Reichskabinet stellt die Vertrauensfrage.

Wie aus Berlin gemeldet wird, hat das Reichskabinet in seiner letzten Sitzung sich entschieden, im Reichstag die Vertrauensfrage zu stellen. Die bisherigen Koalitionsparteien setzten ihre Bemühungen fort, besonders das Zentrum, um eine Mehrheit für das Kabinet Mary-Stresemann auch im neuen Reichstag zu Standzubringen.

Die alte „Arbeitsgemeinschaft der Mitte“.

Zu der Meldung, daß in den letzten Tagen eine Besprechung stattgefunden habe mit dem Ziel der Schaffung eines „Nationalen Blocks der Mitte“, der Deutschen Volkspartei, Zentrum, Demokraten und Bayerische Volkspartei zur Verwirklichung des neuen Reichstags

die auf diese Weise das Recht der Uebertragung der Regierungsbildung, die Stellung des Reichspräsidenten und alle parlamentarischen Vorrechte für sich in Anspruch nehmen könnte, und bei dem Reichsminister Dr. Stresemann antwortend der Vater des Gedanken ist, wird dem Berliner Volksanzeiger aus führenden, sozialparteilichen Kreisen mitgeteilt, daß es sich bei diesem Zusammenschluß nicht um eine Verschmelzung zu einer einzigen Fraktion handeln solle, sondern um nichts anderes als um das Wiederaufleben der im vorigen Reichstag vorhandenen Arbeitsgemeinschaft der Mitte. Der Zweck dieses erneuten Zusammenschlusses, aber den noch keinerlei verbindende Verhandlungen stattgefunden haben, die ja auch vor dem Zusammentritt der Fraktionen selbst gar nicht möglich wären, sei nicht in einer bestimmten Einstellung zum Sachverständigengutachten zu suchen, sondern das Ziel des Zusammenschlusses solle vielmehr ebenso wie früher darin bestehen, daß die genannten Parteien in allen denjenigen, inner- wie außenpolitischen Fragen in denen sie eine gemeinsame Politik vertreten, auch gemeinsam vorgehen.

Die wachsende Kreditnot.

Erklärungen des Ministers Lütger.

In einer Versammlung der Vertreter von Handel, Industrie und Gewerbe in München sprach Montagabend der Reichsfinanzminister Dr. Lütger über wirtschaftliche und finanzielle Fragen des Deutschen Reiches. Besonders beschäftigte er sich mit der steigenden Kreditnot und erklärte, er sehe mit ersten Empfindungen in die Zukunft, weil ihm nicht erfindlich sei, wo die Kreditverleiderungen herkommen sollen. Der Minister verwies auf unsere seit dem Monat Januar steigende passive Handelsbilanz. Als einen Trost bezeichnete er es, daß eine neue Inflation unmöglich sei, und daß wieder wertbeständig gespart werden könne. Wir müßten die Währung erhalten, weil ein Verfall die schlimmsten Folgen zeitigen müßte. Bis zum Zeitpunkt der Goldwährung müßten wir auf der jetzigen Währungsgrundlage weiterwirtschaften. Der Minister meinte zum Schluß, es würden uns vielleicht noch harte und schwere Prüfungen treffen, wir müßten aber alles dem einen Ziele opfern: Wieder in der Weltwirtschaft etwas zu gelten.

Auch die Micum-Jechen streifen.

Essen (Ruhr), 13. Mai. Gestern Abend haben auch auf den von der Micum beschlagnahmten Jechen die Besatzungen die Einfahrt verweigert. Dadurch ist eine außerordentlich ernste Lage geschaffen, da Sanktionen angehängt sind. Der Jechenverband hielt auch gestern Abend noch an seiner ablehnenden Haltung gegenüber den Einigungsversuchen fest.

Belgien leidet an Kohlenüberfluß.

Der Brüsseler Berichterstatter der „Deuvre“ berichtet über die Schwierigkeiten, die auf dem belgischen Kohlenmarkt durch die verstärkte Zufuhr von Ruhrkohle entstanden. Die sozialistischen Abgeordneten Delatte und Tsjardin, Vorsitzender bzw. Sekretär der belgischen Bergarbeiterzentrale, erklärten in einem Brief an den sozialistischen „Peuple“, sie ständen auf dem Standpunkt, daß Belgien Reparationskohle brauche, aber nur in einem Maße, das den Bedürfnissen des Marktes entspräche und übertriebene Preissteigerungen hindere. In den letzten Monaten seien jedoch die von der Micum gelieferten Kohlenmengen über dieses Maß hinausgegangen, da Belgien zurzeit eine Million Tonnen Kohle auf Lager habe und auf den Kohlenmengen Arbeitslosigkeit herrsche. Es wäre also zweckentsprechend, wenn die Verteilungsstelle für deutsche Kohle diese Sachlage berücksichtigte.

Schließung einer Pfalzstützstelle in Karlsruhe.

Das badische Innenministerium teilt mit: In Karlsruhe wurde seit einiger Zeit von privater Seite eine Stützstelle für die Pfalz unterhalten, die ausschließlich mit der ehemaligen Pfalzzentrale in Mannheim identifiziert wird. Diese Stützstelle beschäftigte sich mit der Unterstützung von in Not geratenen Pfälzern und hielt auch mit bestimmten Kreisen der Pfalz engen Kontakt. In einer Note Frankreichs, Englands und Belgiens über die Geheimverbände im besetzten Gebiet, die in jüngster Zeit der Reichsregierung zugestellt wurde, wird besonders auf die Tätigkeit der sogenannten „Freihand“-Unternehmungen in Heidelberg und Mannheim hingewiesen. Es wurde festgestellt, daß für die von alliierter Seite aufgestellten Behauptungen jede tatsächliche Grundlage fehlt. Die Stützstelle für die Pfalz hat aber ihre Aufgabe in einer Weise ausgeführt, die zu sehr bedenklichen Unzulänglichkeiten und Ord-

erläubt das
Kohlenber
aufsteht.
d.
Mittag unter
Wenigen W
den: Wirt
die ausde
Loffen, sein
Vorsitzend
ist, daß er
Klimatorium
und Wirt
Erbeber
legen soll.
erfüllt bez
gen Wirt
Gents.
Wann.
d. S. Aue.
Wettinerplatz
!
rig
.15
42
70
40
50
55
Aue
Hörer
schule.
aben.
en.
Seine.
u. Fran.
ue.
on.
Mai
ke
e
st. ann.
die
zu
!
und
ge-
ten